

Antrag

der Abgeordneten Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Petra Crone, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Christel Humme, Ute Kumpf, Caren Marks, Franz Müntefering, Aydan Özoğuz, Thomas Oppermann, Sönke Rix, Stefan Schwartze, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Sexuelle Gewalt gegen Kinder umfassend bekämpfen – Kampagne des Europarats unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Europarat geht davon aus, dass eines von fünf europäischen Kindern Opfer von sexueller Gewalt ist. In 70 bis 85 Prozent der Fälle kennen die Kinder die Täter. In 90 Prozent der Fälle werden sexuelle Straftaten den Behörden nicht gemeldet. Kinder müssen vor allen Formen der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs geschützt werden.

Die Ende 2010 gestartete Kampagne des Europarats zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder dient der Sensibilisierung von Kindern und Erwachsenen, insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern und anderen Personen, die Kontakt zu Kindern haben. Sie sollen umfassend aufgeklärt und mit dem Wissen ausgestattet werden, das für die Vorbeugung von sexuellem Missbrauch oder für die Meldung einer entsprechenden Straftat notwendig ist. Eltern werden ermutigt, ihren Kindern beizubringen, dass sie das Recht haben, Grenzen zu setzen und über ihre Gefühle und Probleme zu sprechen.

Anknüpfend an die Konvention des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch zielt die Kampagne darauf ab, die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen, die Rechte der Opfer zu schützen und die nationale und internationale Zusammenarbeit zu verbessern.

Auch die Ratifikation der Konvention und ihre effektive Umsetzung durch alle Mitgliedstaaten des Europarates soll durch die Kampagne begleitet werden. Darüber hinaus sollen auch nichteuropäische Staaten motiviert werden, Vertragsstaaten zum Übereinkommen zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch zu werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

die Kampagne des Europarats zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder, unterstützt sie und wird sie weiter bekannt machen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- alles zu unternehmen, um im internationalen Verbund länderübergreifend sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche umfassend zu bekämpfen;
- die angekündigte Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch vom 25. Oktober 2007 voranzutreiben.

Berlin, den 22. November 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion